Iserlohner Kreisanzeiger vom 14.10.2025
Iserlohn

Weitere Kürzungen im Sozialbereich?

Sogenannte freiwillige Leistungen stehen im Zuge der Haushaltssicherung ständig auf dem Prüfstand

Tim Gelewski

20 Prozent, so lautet das Einsparziel für freiwillige Leistungen im Bereich Soziales. Die „Omas gegen Rechts" hatten im Sozialausschuss zuletzt dagegen demonstriert. JENNIFER KATZ

Iserlohn. Selten bekam man das Dilemma, vor dem Politik und Verwaltung in Iserlohn jetzt und in den kommenden Jahren stehen, so anschaulich und offensichtlich vorgeführt, wie in den jüngsten Sitzungen von Rat und Sozialausschuss. Mehrere Sparvorschläge standen auf der Tagesordnung. Sogenannte freiwillige Leistungen, also Zahlungen, die die Stadt leistet, um Beratungsstellen, Vereine und andere Träger im sozialen Bereich zu unterstützen. 20 Prozent, so die Ansage der Kämmerei, müssten hier im Zuge der Haushaltssicherung eingekürzt werden.

Erwähntes Dilemma zeigte sich hier ganz explizit am Beispiel der Begegnungsstätte des Ortsvereins der Awo an der Nußstraße. 15.200 Euro zahlte die Stadt hier bisher alljährlich als Mietzuschuss. Der Betrieb der Seniorentagesstätte dagegen erfolgt rein ehrenamtlich. Man müsse über die Einstellung des Zuschusses beraten – so lautete die Empfehlung der Stadt. Beim Ortsverein war die Sorge entsprechend groß – am Ende stellte sich die Politik aber hinter das Angebot. Dafür wird künftig bei der Beschäftigungsförderung gespart. Der Beschluss war umstritten und erhielt 19 Gegenstimmen im Rat.

Was ist mit der sozialen Infrastruktur?

Nun wird sich vielleicht mancher fragen: eine Begegnungsstätte? Könnte man hier nicht tatsächlich sparen? Im Ausschuss und im Rat sah man es anders. Und die Argumente dafür sind gut. 49 Jahre engagieren sich hier Menschen ehrenamtlich, leisten ihren Beitrag für sozialen Zusammenhalt, gegen Einsamkeit im Alter, ein Problem, für dessen Bekämpfung die Stadt ja auch parallel eigene Projekte aufgelegt hat.

Mit der Unterstützung des Ehrenamts – so kann man es Kritikern entgegenhalten – leistet die Stadt nicht nur beim Awo-Ortsverein, sondern an vielen anderen Stellen eine Investition, deren Ertrag weit höher ist als das, was man reinsteckt. Müsste die Stadt nämlich für Unterkunft und Arbeitskräfte zahlen, so gäbe es in vielen Bereichen zahlreiche Angebote bald nicht mehr. Kein Geld, Ende, aus, vorbei.

Das Beispiel der Begegnungsstätte ist auch insofern bemerkenswert, weil sich hier der gewährte Mietzuschuss und ehrenamtliche Arbeitskraft (der gesamte Betrieb) klar und anschaulich voneinander getrennt betrachten lassen. In vielen anderen Bereichen ist das deutlich komplizierter. Ehrenamt hängt auch dort oft mit dran, wo hauptamtliche Kräfte im Einsatz sind. Die Arbeitsstunden, der Wert sind hier kaum zu bemessen. Bremst man diese Leute aus, ist es fraglich, ob man dieses Niveau an Engagement jemals wieder erreichen wird. Kommunen sind allgemein auch während einer Haushaltssperre dazu angehalten, ihre Infrastruktur zu erhalten oder hier sogar zu investieren. Aber was ist mit der sozialen Infrastruktur?

Ersparnis wäre nur Tropfen auf heißem Stein

Der Haushaltsansatz des sogenannten Sachkontos 5318000 – Zuschuss an sonstige Bereiche (freiwillige Leistungen im Bereich Soziales) für 2025 betrug 873.400 Euro. Im Vorjahr waren es im Ansatz 844.200 Euro, davor 808.400 Euro. 20 Prozent Ersparnis hier sind sicher eine Menge Geld. Angesichts des geplanten Rekorddefizits der Stadt von 47,13 Millionen Euro, das 2025 nun sogar noch um weitere voraussichtlich 14,84 Millionen Euro überschritten wird, wäre der positive Effekt der Summe auf den Haushalt allerdings überschaubar.

Was passiert, wenn Zuschüsse wegfallen?

Im Vorfeld der Sitzung von Sozialausschuss und Rat hatte die Verwaltung weitere bezuschusste Angebote aufgelistet, inklusive einer Prognose, was passiert, wenn hier Zuschüsse wegfallen. Beispiel Gemeinschaft Buchenwäldchen. Rund 20.000 Euro werden hier zugeschossen. Ohne würde es keine Kultur-, Bildungs- oder Sportangebote mehr für Bewohner des Wohngebiets geben, so die Prognose.

117.800 Euro gibt es jährlich für die Schuldner- und Insolvenzberatung von Awo und Caritas. Bei einer Einstellung, so die Prognose hier, würden die Angebote eingestellt oder aber für die Klienten kostenpflichtig werden. 130.900 Euro erhält die Suchtkrankenhilfe der Caritas. Auch hier geht man von einer Einstellung aus, würde der Zuschuss wegfallen.

Die Liste ließe sich fortsetzen. In den Bereichen Jugend, Schule oder Sport warten ähnliche Herausforderungen. Auch hier muss gespart werden. Auch hier gilt es, Angebote, die häufig verbunden sind mit dem Schatz Ehrenamt, zu erhalten.

Prognose zu weiteren Sparzielen fällt schwer

Burcu Öcaldi, die Leiterin des Bereichs Soziales bei der Stadt, geht aktuell davon aus, dass im Zuge der Aufstellung des Haushalts durch den neu gewählten Rat in ihrem Zuständigkeitsgebiet zunächst keine weiteren Einsparungen mehr nötig sein werden. „Die Sparziele", so sagt sie aber auch, „gibt die Kämmerei vor." Was hier in den kommenden Jahren noch bevorstehe, das lasse sich jetzt noch nicht sagen.